

## Buchbesprechungen

**Britta Bannenberg/Wolfgang Schaupensteiner, Korruption in Deutschland. Portrait einer Wachstumsbranche, Beck'sche Reihe, Verlag C.H.Beck, München 2004, 227 S., 11,90 €.**

Ein Bonmot sagt, das einzige, was in Deutschland noch wachse, sei die Korruption. Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung sind zu flächendeckenden Phänomenen geworden, die Politik und Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und selbst den privaten Bereich fest im Griff haben, urteilen die Autoren aus ihrem reichen Repertoire wissenschaftlicher und praktischer Erfahrungen. So ausufernd ist Korruption in Deutschland bereits geworden, dass sie zur ernsthaften Bedrohung der moralischen Grundlagen der ganzen Gesellschaft wird, warnte nachdrücklich die Konferenz der deutschen Innenminister 1996.

Als Grund dieser Entwicklung machen Britta Bannenberg, Rechtsprofessorin in Bielefeld, und Wolfgang Schaupensteiner, Oberstaatsanwalt in Frankfurt am Main, die schleichende Akzeptanz der verschiedensten Formen geradezu mäandernder Schmiergeldzahlungen als festen Bestandteil des Geschäftslebens aus. Die einst aus den guten Sitten des ehrbaren Kaufmannes errichteten Dämme versumpften, nicht zuletzt deshalb, weil es Parteien und einzelnen Politikern gestattet wurde, sogenannte Ehrenwörter über das Gemeinwohl zu stellen. Schließlich waren bis 1999 Schmiergeldzahlungen sogar als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar!

Inzwischen ist die Entwicklung so weit gediehen, dass in manchen Branchen ohne Schmiergeldzahlungen „nichts mehr geht“. Das gilt in ganz besonderem Maß für die Vergabe von Bauaufträgen durch die öffentlichen Hände an die Bauwirtschaft. Die Autoren nehmen an, dass in manchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung bis zu 90 Prozent aller Bauvorhaben auf Bestechung

und Preisabsprachen beruhen. Dadurch werden die Preise um etwa 30 Prozent überteuert. Bund, Ländern und Kommunen entstehen dadurch erhöhte Ausgaben von jährlich etwa 5 Milliarden Euro.

Den Schwerpunkt der kleinen Schrift bildet daher auch dieses geradezu symbiotisch anmutende Verhältnis. An einer Vielzahl - gerichtlich zumeist bereits abgeurteilter - Beispiele illustrieren die Autoren den Korruptionssumpf, der zwischen Unternehmen der Bauindustrie und den öffentlichen Händen, die immer öfter zu „offenen Händen“ mutieren, besteht. Mit geradezu akribischen Details, die nicht zuletzt zur Information und Sensibilisierung der Strafverfolger bestimmt sind, beschreiben die Autoren insbesondere die „Frankfurter Verhältnisse“, denn der Name der Stadt ist geradezu zum Synonym für flächendeckende Korruption in der öffentlichen Verwaltung geworden. Zu Unrecht allerdings, denn Frankfurt liegt längst überall in Deutschland!

Korruption hat einige wenige Nutznießer, aber sie geht zulasten aller. Betroffen ist nicht nur der Steuerzahler, der letztlich für die geleisteten wie die empfangenen Schmiergeldzahlungen zur Kasse gebeten wird. Betroffen davon ist - das wiegt schwerer - der Wettbewerb, mithin das Prinzip der Marktwirtschaft, vor allem aber - das wiegt am schwersten - die Erosion politischer Moral, die dazu beiträgt, dass der Bürger das Vertrauen in die Politik, das angesichts bisheriger Skandale bereits arg lädiert ist, vollends verlieren könnte.

Um diesem Übel zu begegnen, entwerfen die Autoren ein Konzept präventiver und repressiver Maßnahmen, mit dem sich Korruption mit Aus-

sicht auf (einigen) Erfolg bekämpfen ließe. Sie fordern, die evidenten Gesetzeslücken zu schließen, eine Verbesserung der Strafverfolgung, die Einführung der Telefonüberwachung und eine kleine Kronzeugenregelung, ein Korruptionsregister, eine Verbesserung der Kontrollen und der Transparenz sowie ein Unternehmensstrafrecht, weil mehr als 80 Prozent aller Fälle schwerer Wirtschaftskriminalität aus Unternehmen heraus begangen werden, wodurch in Deutschland materielle Schäden mit zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen verursacht werden.

Einige der geschilderten Fälle sind noch vage in Erinnerung, alle zusammengetragen sind aber geradezu erschütternd, wenn man die Summen bedenkt, die gegenwärtig durch die sogenannte Agenda 2010 beim „kleinen Mann“ abkassiert werden - weil diese Politik angeblich alternativlos sei. Die Autoren zeigen damit zugleich eine - von mehreren - Alternative(n) auf.

*Bernd M. Malunat,  
München*

**Kai Burmeister/Björn Böhning (Hrsg.), Generationen & Gerechtigkeit, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 210 S., 14,80 €.**

Wenige Begriffe tauchen in der politischen Diskussion der letzten Jahre in der Bundesrepublik öfter auf als jener der „Generationengerechtigkeit“. Was damit konkret gemeint sein soll, ist nicht auf Anhieb klar. Kaum ein sozialpolitischer Vorschlag, der nicht auch mit der Begründung unterbreitet wird, der „Generationengerechtigkeit“ zu dienen. Die Grünen erklären sich in ihrem aktuellen Parteiprogramm gar zur „Partei der Generationengerechtigkeit“, und verschiedene Initiativen fordern beispielsweise eine Verankerung des „Prinzips der Generationengerechtigkeit“ im Grundgesetz.

Betrachtet man die politische Praxis, so fällt schnell auf, dass das Wort vor allem zur Legitimation des Abbaus von sozialstaatlichen Regulationen benutzt wird. Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei meist die These, dass sich das Verhältnis zwischen arbeitender Bevölkerung sowie Rentnerinnen und Rentnern zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung verschieben wird. Für die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme wird geschlossen, dass immer weniger junge Menschen

für immer mehr alte Menschen aufkommen müssten. Eine Auseinandersetzung zwischen Alt und Jung - von einigen Protagonisten der Debatte auch martialisch als „Kampf der Generationen“ bezeichnet - wird als die entscheidende gesellschaftliche Auseinandersetzung der Zukunft prognostiziert. Damit hat sich der Begriff weit von seinem ursprünglichen Kontext entfernt. Dieser bestand vor allem aus einer engen Verknüpfung mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand dabei vor allem das Problem des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltverschmutzung.

Vor dem Hintergrund dieser Debatte haben Björn Böhning und Kai Burmeister in einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt einen Band zusammengestellt, dessen Beiträge darauf abzielen, die in der öffentlichen Diskussion gängigen Wahrheiten zum Thema Generationengerechtigkeit kritisch zu hinterfragen.

Die versammelten Aufsätze tun dies vor allem in drei Richtungen: Zum einen wird versucht, die ökonomischen Gesichtspunkte der aktuellen Diskussion zu erhellen. Dabei geht es vor allem um eine Überprüfung der im volkswirtschaftlichen Mainstream weit verbreiteten These, nur eine restriktive Finanzpolitik, verbunden mit sozialpolitischen Einschnitten, könne die Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft erhalten. Die Diskussion um die Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands zwischen den Generationen verstellt schließlich oft den Blick auf die viel wichtigere Tatsache der Verteilung von Reichtum innerhalb einer Gesellschaft. Und da gibt es arme und reiche Alte, aber eben auch arme und vor allem reiche Junge.

Dass wissenschaftliche und politische Diskurse nicht im luftleeren Raum entstehen, sondern Bestandteil konkreter gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse sind, ist klar. Die Frage nach den Gründen und Hintergründen der Generationendebatte sowie nach deren Instrumentalisierung für politische Zielsetzungen bildet einen weiteren Schwerpunkt des Bandes.

Das Buch beschließen einige Aufsätze, die an die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Generationengerechtigkeit“ als Forderung nach einem bewussten und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen erinnern.

Den Auftakt macht ein Beitrag der Herausgeber, der sich zugleich wie eine Einführung ins Thema liest. Eingangs untersuchen sie die Frage, in wie-

weit das Thema „Generationengerechtigkeit“ überhaupt auf der Tagesordnung der jungen Generation steht. Ihre Schlussfolgerung lautet, „dass ein großer Teil der real existierenden Generationen-debatte ein Diskurs über die junge Generation ist - und nicht von ihr“. Danach wenden die beiden sich einigen „populären Mythen“ zu, nämlich den Debatten um Rente, Demographie und Staatsverschuldung. Exemplarisch soll hier aufgezeigt werden, dass die Horrorszenarien eines dem Untergang entgegen schitternden Sozialstaatsmodells vor allem Polemiken sind. Abschließend wird versucht, Bausteine eines neuen Generationenvertrages aufzuzeigen. Deutlich wird hier eine alle Generationen umspannende Ausrichtung: Anknüpfungspunkte seien u. a. ein auf Chancengleichheit abzielendes Bildungssystem, der Abbau von Geschlechterungleichheiten in Berufswelt und Gesellschaft, eine gerechte Steuerpolitik - beispielsweise mittels einer höheren Besteuerung großer Erbschaften -, eine Arbeits- und Arbeitszeitpolitik, die eine bessere Verteilung der Arbeitszeit über das gesamte Erwerbsleben ermöglicht und auch lebenslange Weiterbildung absichert, sowie eine Erweiterung der Diskussion um den internationalen Kontext des Ausbeutungsverhältnisses zwischen nördlicher und südlicher Hemisphäre.

Der Volkswirt Richard Hauser schlägt in seinem Aufsatz als Bewertungsmaßstab für Generationengerechtigkeit den Verlauf von zwischen den Generationen fließenden monetären, realen und immateriellen Transfers im Sinne einer „Generationenerbschaft“ vor. Gebe eine Generation am Ende einen größeren Nettotransfer weiter, als sie empfangen habe, so sei der Maßstab der Generationengerechtigkeit in jedem Fall erfüllt. Ausreichend sei dabei die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes.

Die Einseitigkeit des aktuell vorherrschenden Begriffs von Generationengerechtigkeit macht auch der Beitrag von Winfried Schmähl deutlich. Neben der Tatsache, dass gerade alte Menschen einen erheblichen Teil ihres Ersparnisses noch zu Lebzeiten an jüngere Menschen (Kinder, Enkel) weiterreichen, macht der Autor auch deutlich, dass eine abschließende „Generationenbilanz“, verstanden als Saldierung der Ausgaben und Einnahmen der jeweiligen Generationen, kaum zu ziehen ist. Wie sollten schließlich die vielleicht mit den öffentlichen Schulden vermachten Vermögensbestände, Infrastrukturbestände etc. in einer Bilanz zu Buche schlagen?

Der Duisburger Soziologe Gerhard Bäcker befasst sich ebenfalls mit der Schwierigkeit, das Verhältnis zwischen Generationen mit dem Begriff der Gerechtigkeit zu messen. Schließlich bestünden zwischen allen Altersjahren vielfältige finanzielle und ideelle Beziehungen. Was sich klar messen ließe, sei, dass es sich bei finanziell begünstigten älteren Menschen nahezu ausnahmslos um Bezieher von Einkommen neben der gesetzlichen Rentenversicherung handle. Eine Diskussion um Beitragssätze zu eben dieser Versicherung löse das Problem ungleicher Verteilung von Wohlstand somit nicht. Übrig bleibt für Bäcker damit die klassische Verteilungsfrage zwischen Arm und Reich, und nicht zwischen Alt und Jung.

Michael Klundt stellt seinen Beitrag unter den Titel „Soziale Spaltung im Jugendalter“. Soziale Herkunft und materielle Situation des Elternhauses entschieden nach wie vor primär über die Zukunftschancen junger Menschen. Entgegen der These, die Jungen seien arm, weil die Alten reich seien, reproduziere sich die finanzielle Situation der Menschen über Generationen hinweg. Schlechten Zukunftschancen junger Menschen begegne man damit nicht durch pauschale Umverteilung zwischen Alt und Jung, sondern durch Umverteilung zwischen Arm und Reich.

Sebastian Brandl geht in seinem Aufsatz auf die Veränderungen der Erwerbsarbeit ein. Entscheidend sei nicht so sehr eine ähnliche Relation von Beiträgen und Leistungen zwischen den Generationen, sondern vielmehr eine veränderten sozialen Bedürfnissen angemessene Absicherung von Beschäftigungsrisiken, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und persönlicher Bildung.

Eine Diskursanalyse der Debatte um Generationengerechtigkeit nimmt Andreas Lange vor. Deutlich wird, dass Generation und Demographie vor allem als Keule zur Legitimation von Sozialabbau genutzt werden. Damit werden paradoxerweise genau die Zukunftschancen künftiger Generationen beschädigt.

Der Mainstream der politischen Diskussion in der Bundesrepublik ist sehr eng. Stimmen, die von diesem Pfad abweichen, werden ignoriert oder nicht ernst genommen. Eines der besten Beispiele für diese Situation ist die Debatte um demographischen Wandel und Generationengerechtigkeit. Die Unbezahbarkeit umlagefinanzierter sozialer Sicherungssysteme und die gebetsmühlenartige Wiederholung der Notwendigkeit so-

zialer Einschnitte zum angeblichen Nutzen zukünftiger Generationen werden von den beiden Herausgebern des Buches zurecht als „Mythen“ bezeichnet.

Der Begriff der Generationengerechtigkeit ist normativ zu verstehen. Das vorliegende Buch leistet einen wichtigen Beitrag, die Diskussion um Generationengerechtigkeit von ihrer augenblicklichen Beschränkung auf die Wiedergabe neoliberaler Dogmen zu lösen und wieder in den Kontext tatsächlicher ökonomischer Verhältnisse zu stellen. Es zeigt zugleich Perspektiven auf, in welche Richtung die Debatte um eine solidarische Weiterentwicklung kollektiver sozialer Sicherungen gehen könnten. Ergebnis des Buches ist deshalb vor allem eine andere Vorstellung davon, was „generationengerecht“ ist. Die schlichte Streichung sozialer Leistungen oder die „Reform“ sozialer Sicherungssysteme unter der Prämisse ihrer angeblich unmöglichen Finanzierung sind dies nicht. Wichtig sind hingegen Investitionen hier und heute in Bildung und Ausbildung und in die Förderung von Innovation und neuen Wachstumsfeldern, sowie daneben eine Politik, die den Sozialstaat als ein Mittel zur solidarischen Absicherung individueller Lebensentwürfe gestaltet und entwickelt.

*Thilo Scholle,  
Lünen*

**Ilse Fischer, Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939): Ein „leidenschaftlicher Individualist“ in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2004, 513 S., 48 €.**

Um es vorweg zu nehmen: Ilse Fischer legt ein Buch vor, wie man es heute leider nur noch selten findet. Sorgfältig und zuverlässig erarbeitet, gründlich und plausibel belegt, umsichtig, aber klar im Urteil – alles in allem eben verlässlich, solide, verantwortungsbewusst. Eine beachtliche und hervorragende Leistung.

Das Buch ist auf diese Weise seinem „Gegenstand“ angemessen – dem Leben Lothar Erdmanns, das man vielleicht auch als schwermütig, gar tragisch hätte beschreiben können. Der Sohn des Philosophieprofessors Benno Erdmann war nach abgebrochenem Studium und Kriegsdienst als „Quereinsteiger“ in die Gewerkschaftsbewe-

gung „geraten“, in der er zeitlebens eine Art „Fremdkörper“ blieb. Darunter hat er immer wieder gelitten – wie an seiner problematischen Beziehung zum Vater und an seiner Rolle als „Nachfolger“ August Mackes: Erdmann war seit Schulzeiten mit dem begnadeten Maler befreundet gewesen und hatte nach dessen frühem Tod gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs seine Witwe Elisabeth geheiratet, die zwei Söhne mit Macke hatte. Aus Erdmanns Ehe mit Elisabeth Macke gingen drei weitere Kinder hervor, und die Familie war für den liebevollen Vater zweifellos ein Lebensmittelpunkt. Aber die Erinnerung an den „Liebling der Götter“ Macke blieb auch ein schweres Erbe für Erdmann, zumal er Elisabeth mit dessen „geistiger Welt“ enger verbunden sah als mit seiner eigenen.

Erdmann war, nach einer beruflichen Station beim „Internationalen Gewerkschaftsbund“ in Amsterdam, 1924 zum Chefredakteur der neu gegründeten wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, „Die Arbeit“, nach Berlin berufen worden. Zwar entsprach diese Tätigkeit in hohem Maße seinen Fähigkeiten, und er hat die Zeitschrift bis zu ihrem Ende im April 1933 erfolgreich geleitet. Politisch hingegen stand er der „amtlichen“ gewerkschaftlichen Linie auf vielen Gebieten skeptisch bis ablehnend gegenüber, insbesondere deshalb, weil diese nach seiner Überzeugung zu wenig die „Entwicklung für die Nation“ im Auge habe. Erdmann sah die Gewerkschaften in erster Linie „als Organisatoren und Verwalter(in) der „nationalen Arbeit“, und er befürwortete nicht zuletzt eine „Distanzierung der Gewerkschaften von der traditionellen Kampfgemeinschaft mit der SPD.“

Trotz dieses eigenwilligen politischen Standpunkts und obwohl er zudem zu den Kritikern vieler Funktionäre der älteren Generation gehörte („Widerwillen gegen die Greise und Schwätzer ..., die im Augenblick, ohne einen Hauch von Intuition, den Bund leiten. Trostlose Burschen.“), bediente sich insbesondere der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart gern und häufig seiner Zuarbeit und seines Rats.

Zu Beginn der 1930er-Jahre, als es darum ging, die Politik des gewerkschaftlichen Dachverbands in sich zuspitzender Krisensituation zu positionieren, fiel Erdmann eine herausgehobene Rolle zu. Er gehörte zu den Befürwortern einer „Volksgemeinschaft der Not“, wie sie etwa General Kurt von Schleicher plante, der dann kurze Zeit Reichskanzler war. Sie hätte wesentlich auf

einer engen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Staat gefußt. Bei Erdmann entsprangen solche Überlegungen seinem charakteristischen „Nationalismus des Herzens“, der ihm zu derartiger „Naivität der gewerkschaftlichen Hoffnungen“ verhalf, wie seine Biographin erstaunt feststellt. Unübersehbar ist, dass Erdmann dazu neigte, Realität bewusst auszublenden, was allerdings keineswegs mit Opportunismus gleichzusetzen ist, wie er ihm gelegentlich auch von Historikern vorgeworfen worden ist.

Die „Querfront“-Pläne Schleichers scheiterten bekanntlich schnell und damit auch Erdmanns Hoffnungen, der gegenüber einer direkten Kooperation zwischen Nationalsozialisten und Gewerkschaften skeptisch blieb. Bei aller Anerkennung, die er in der Folgezeit insbesondere der Außenpolitik Hitlers nicht versagen kann, bleiben Reserviertheit und Distanz des gebildeten Humanisten: „Menschen meiner Art werden jederzeit im Gegensatz stehen zu jedem autoritären Staat, jeder autoritären Partei, zu jeglicher Bindung des verantwortlichen, schöpferischen Geistes an eine politische Norm des Denkens.“ Er, der aktiven Widerstand für sich selbst ablehnt, steht jederzeit unerschütterlich zu seinen Freunden: „Man muss heute zu den Menschen stehen, die in der Verfolgung sind, gleichgültig, auf welchem Felde geistigen Lebens der Angriff erfolgt.“

Erdmann, der seit dem 3. Mai 1933 „außer Dienst“ war, hat in der Folgezeit nicht vermocht, beruflich wieder Fuß zu fassen. Er hat überaus darunter gelitten, die Existenz seiner Familie nicht hinreichend sichern zu können. Alle Versuche, kontinuierlich als freier Autor zu arbeiten oder einen lange geplanten autobiografischen Roman zu verfassen, scheiterten. Und eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten kam für Erdmann nicht in Betracht. Seinen zahlreichen jüdischen Freunden bekundete er immer dann besondere „Sympathie und Solidarität ...“, wenn sie besonderen Schikanen ausgesetzt waren.“

Wie viele andere wurde Lothar Erdmann zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, am 1. September 1939 verhaftet. Bei seiner Einlieferung in das KZ Sachsenhausen setzte er sich für einen Mitgefangenen ein, was ihm schwerste Misshandlungen und Folterungen eintrug. Er wurde „regelrecht zu Tode gejagt“ und starb am 18. September 1939. In dem „Akt spontaner Mitmenschlichkeit“ bei der Einlieferung ins KZ wurde deutlich, so

urteilt Ilse Fischer zutreffend, „wo der moralische Impetus seiner Persönlichkeit letztendlich lag – auch wenn manches an seiner politischen Haltung heute oft nur noch schwer verständlich sein mag.“

*Hans-Otto Hemmer,  
Mettmann*

**Oliver Ness, Das Menschenrecht auf Entwicklung. Sozialpolitisches Korrektiv der neoliberalen Globalisierung, LIT-Verlag, Münster 2004, 180 S., 19,90 €.**

Der Diplompolitologe und Fernsehjournalist Oliver Ness hat mit seinem Buch „Das Menschenrecht auf Entwicklung“ offenbar erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet. Jedenfalls konnte er einen „notorischen“ und international profilierten Kritiker des „Rechts auf Entwicklung“ zum Überdenken seiner Position bringen: Franz Nuscheler, Professor für Politische Wissenschaft an der Gesamthochschule Duisburg und renommierter Entwicklungstheoretiker, bescheinigt Oliver Ness in seinem einleitenden Beitrag, dass er klug und überzeugend argumentiere. Nuscheler begrüßt ausdrücklich, dass es wieder einen Streit um ein umstrittenes „Recht auf alles“ gebe, das Oliver Ness ganz anders deutet. Gerade diese Deutung macht neugierig.

Was ist das eigentlich, ein „Menschenrecht auf Entwicklung“? Wenn wir von Menschenrechten reden, dann denken wir in erster Linie an die klassischen politischen Freiheitsrechte, die als Abwehrrechte des Einzelnen gegen Eingriffe staatlicher Gewalten konzipiert sind. Doch diese Ursprungskonzeption der Menschenrechte hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts erweitert - eine Antwort auf die existenziellen sozialen Folgen der industriellen Revolution. Der klassische Menschenrechtskatalog ist folgerichtig ergänzt worden durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Solidarrechte. Beide Menschenrechtsdimensionen erfuhren längst universelle Anerkennung und mit den UNO-Pakten auch eine Verankerung im internationalen Rechtssystem.

Allerdings konnte die Durchsetzung dieser Rechte nicht mit der Normen-Entwicklung Schritt halten - wir spüren dieses Missverhältnis immer wieder, tagtäglich zeugen die Nachrichten aus aller Welt davon. Das gilt in besonderem Maße für die dritte Generation, zumal deren Normqualität im

bestehenden Völkerrecht überaus umstritten ist. Jedenfalls sind die Rechte dieser Dimension nicht einklagbar. Sie umfasst Forderungen nach Frieden, Entwicklung, Umweltschutz und Gesundheit sowie das Recht auf Ernährung und Bildung, auf humane Arbeitsbedingungen und ein menschenwürdiges Leben. Diese neue Menschenrechtsdimension ist als Reaktion zu verstehen auf die immensen Herausforderungen, die mit der forcierten Globalisierung nahezu sämtlicher Lebens- und Gesellschaftsbereiche einhergehen. Sie ist zu verstehen als notwendige Konsequenz aus einem der zentralen Menschheitsprobleme: dem Nord-Süd-Konflikt, der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich, einer sich dramatisch verschlechternden ökonomischen und sozialen Lage in den meisten Entwicklungsländern. Daraus leitet das Recht auf Entwicklung, so schreibt Oliver Ness, einen verbindlichen Anspruch für marginalisierte Menschen und Völker ab, sich sozial, wirtschaftlich und kulturell entwickeln zu können und an einer Entwicklung teilzuhaben, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können. Das Konzept dieses „Rechts auf Rechte“, das erstmals 1977 im Rahmen der UNO diskutiert wurde, ist afrikanischen Ursprungs. Politischer Hintergrund: das Ringen der Entwicklungsländer („Länder des Südens“) um eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Über Sinn und Unsinn dieses Rechts wird seitdem trefflich gestritten. Franz Nuscheler hat sich bereits in den 1990er-Jahren dagegen ausgesprochen: „Ein „Recht auf alles“, das von keiner Staatengruppe und von keiner Person, die von Entwicklung ausgeschlossen ist, eingeklagt werden kann, ist wenig wert und sollte nicht mit dem hohen Anspruch eines „unveräußerlichen Menschenrechts“ geschmückt werden.“ Auf diese Weise würden Menschenrechte verwässert, zu einem „Wunschzettel auf alles Schöne und Gute in der Welt“ entwertet. Eine durchaus bedenkenswerte Position.

Franz Nuscheler gibt auch zu bedenken, dass die westlichen Industriestaaten dem Recht auf Entwicklung während der Wiener Weltmenschrechtskonferenz 1993 nur zugestimmt haben, weil niemand aus ihm rechtliche Verpflichtungen ableiten kann, weil alle jegliche Leistungsverpflichtung jenseits der freiwilligen Entwicklungshilfe ablehnen. Nuscheler fragt daher konsequenterweise: „Wie viel wert ist es dann?“

Demgegenüber begründet Oliver Ness, dass dem Recht auf Entwicklung eine ganz besondere Be-

deutung als „moralischer Imperativ“ und ethisches Fundament einer kooperativen internationalen Strukturpolitik zukomme. So gesehen könnte man diese Fundierung auch als menschenrechtliche Begründung des Konzepts von Global Governance auffassen. Damit sollen neue multilaterale Kooperationsformen und Netzwerke auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene entwickelt werden - ausgehend von der Erkenntnis, dass vielfältige Probleme wie Armut, soziale Unsicherheit, Umweltzerstörung und ökonomische Instabilität nicht mehr von Nationalstaaten im Alleingang bewältigt werden können. Aber Ness geht noch weiter: Er versteht das Recht auf Entwicklung als einen wesentlichen - weil zeitgemäßen - Beitrag zur „Vervollkommnung“ des internationalen Menschenrechtssystems, zur „normativen Verdichtung im Völkerrecht“ und darüber hinaus als eine „adäquate Reaktion auf zugespitzte Überlebensbedingungen“ sowie als notwendiges „sozialpolitisches Korrektiv der neoliberalen Globalisierung“.

Folgt man der Argumentation von Oliver Ness, so ließe sich das Recht auf Entwicklung als materiell-rechtliche Fundierung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte sowie der klassisch-politischen Freiheitsrechte begreifen. Denn tatsächlich lassen sich systematische Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie passieren, nicht nachhaltig bekämpfen, wenn man sie nur als Symptome begreift und behandelt, nicht aber die Ursachen und Bedingungen angreift und beseitigt, die für solche Rechtsverletzungen verantwortlich sind. Hier könnte ein Menschenrecht auf Entwicklung ursachenorientiert und nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit ansetzen und den Staaten sowie der internationalen Gemeinschaft Verpflichtungen auferlegen, die zu menschenwürdigen Bedingungen beitragen. Utopischer Idealismus?

Die vorliegende Studie ist schon deswegen verdienstvoll, weil sie die eingeschlafene Debatte um die Menschenrechte der zweiten und dritten Generation gerade in einer Zeit wieder zu beleben versucht, in der die Globalisierungsfolgen immer deutlicher zu Tage treten, in der aggressive „Antiterrorkriege“ wider das Völkerrecht geführt werden - Kriege, die im Namen der Sicherheit letztlich globale Unsicherheit produzieren; und in einer Zeit, in der das Völkerrecht infrage gestellt, aufgeweicht, ja grob missachtet wird, in der die klassischen Menschenrechte im Zuge der Terrorismusbekämpfung weltweit mehr und

mehr unter die Räder kommen. Da ist es hilfreich, wenn die Debatte über die rein normqualitative, rechtsdogmatische und politologische Betrachtung hinausgeht und eben auch politisch geführt wird. Hier sind in verstärktem Maße Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften gefordert, sich in diese Debatte einzumischen. Ness liefert ihnen hierfür eine solide und anregende Grundlage.

*Rolf Gössner,  
Bremen*

**Sven Opitz, Gouvernamentalität im Postfordismus. Macht, Wissen und Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität, Argument Verlag, Hamburg 2004, 203 S., 15,50 €.**

In den letzten Jahren haben sich in den Betrieben neue Formen der Arbeits- und Unternehmensorganisation durchgesetzt. Die Ausmaße dieser Veränderungen sind in den 1990er-Jahren mit der einsetzenden Entwicklung einer radikalen Ökonomisierung in ein qualitativ neues Stadium der Unternehmensreorganisation getreten. Die für das fordistische Unternehmen kennzeichnenden straffen pyramidenförmigen Hierarchien, die ausgeprägten bürokratischen Züge und die klare Abgrenzung einzelner Aufgabengebiete charakterisierten die tayloristische Arbeitsorganisation, die einige Beobachter zu Beginn des letzten Jahrzehnts im 20. Jahrhundert einer vergangenen Epoche zuordneten, womit sie gleichzeitig die Hoffnung auf mehr Mitspracherechte, mehr subjektive Elemente und humanere Produktionsformen für Beschäftigte verbanden. Die Umbrüche in der Arbeitswelt wurden sowohl in den Fachdisziplinen als auch in der Öffentlichkeit zum Teil im Kontext der Humanisierung der Arbeitswelt euphorisch gefeiert: endlich könne die Einbeziehung individuellen Wissens, von Kreativität und ein Abschied monotoner Tätigkeiten wahrgenommen werden. Dieser Optimismus ist gegenwärtig weitgehend gewichen, denn in Teilbereichen der Arbeitswelt kann durchaus wieder von einer Retaylorisierung gesprochen werden. Ist somit alles beim Alten geblieben?

Sicherlich nicht, denn in der Fachwelt wird vielfach über neue Kontroll- und Steuerungsmechanismen und deren Auswirkungen auf eine neue Arbeitssubjektivität diskutiert. Diese Entwick-

lung der Arbeitswelt, in der die neuen subjektiven Faktoren eine wichtige Rolle spielen, hat Opitz in seinem Buch analysiert. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen neue Formen der Subjektkonstitution, die er insbesondere im Kontext einer neuen postfordistischen Arbeitsorganisation ansiedelt. Er weist auf die Initiierung von Marktmechanismen in den Betrieben hin, die ein Schlüsselement der gegenwärtigen Restrukturierung darstellen, bei dem jede unternehmerische und betriebliche Ebene unmittelbar den Zwängen des Marktes ausgesetzt würde. Unter den neuen Bedingungen erfolge eine stärkere Einbeziehung der subjektiven Faktoren der Individuen, mit dem Ziel, die Beschäftigten zu Selbst-Managern der eigenen Arbeit zu machen. Das Ökonomische, so Opitz, gibt hierbei nicht nur den Rahmen vor, sondern umfasst prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns und alle Einstellungsmuster. Der sich „verwirklichende Einzelne [werde] zur kapitalistischen Ressource schlechthin“, worauf sich die gesamte Organisation im Betrieb konzentriere. Durch die Implementierung der Marktelemente in die Betriebe wolle das Management vor allem die Flexibilisierung, die als „Not der Wendigkeit“ land auf und land ab beschworen wird, forcieren und die subjektiven Elemente stärker in den Produktionsprozess miteinbeziehen. Anders als in der fordistisch-tayloristischen Arbeitsorganisation seien Gefühle, Eigeninitiative und subjektive Fähigkeiten nicht „Störfaktoren“, die es zu unterdrücken gilt; vielmehr fungieren sie als Katalysatoren, die die Arbeitenden zu Höchstleistungen antreiben sollen. Es geht also darum, die Beschäftigten als „Wettbewerbsfaktoren“ einzusetzen, damit all ihr Wissen, ihre Kreativität und ihr Gestaltungsreichtum für das Unternehmen nutzbar werden.

In seiner Auswertung gegenwärtiger Managementliteratur kann Opitz darlegen, inwieweit die Beschäftigten unter betriebswirtschaftliche Logik subsumiert werden. So stellt ein Managementmagazin beispielsweise mit Blick auf individuelle Fantasien und Träume dar, wie diese nutzbar gemacht werden können, um die volle Leistungsfähigkeit der Beschäftigten „herauszukitzeln“. Insbesondere die Tagträume seien zukunftsorientiert und könnten gezielt und effizient in das Kosten-Nutzen-Kalkül einbezogen werden. Gerade die Tagträume eigneten sich für konkrete betriebliche Handlungsschritte, durch die ein besseres Zeit- und Selbstmanagement der Beschäftigten erreicht werden könne. Reinhard

Sprenger, einer der renommiertesten Unternehmensberater, bringt die neoliberale Entmenschlichung auf folgende Formel: „Jeder muss sich selbst als Wertpapier begreifen“ (Tagesspiegel, 28.12.99).

Opitz ordnet diese Vorstellungen in die Debatte eines neuen Typus von Beschäftigten ein (hierbei bezieht er sich auf das Konzept des „Arbeitskraftunternehmers“ von Voss/Pongratz), der durch Formen der Durchrationalisierung des Alltags, die eigene Vermarktungsmöglichkeit und die Selbstdisziplinierung in der Gestaltung seiner Arbeitskraft charakterisiert sei. Die Nachzeichnung des Wandels der Arbeitswelt ist bei Opitz mit dem Versuch verbunden, eine analytische Erfassung des Neuen vorzunehmen, indem er sich des theoretischen Instrumentariums von Michel Foucault, Judith Butler und Gilles Deleuze bedient. Die gegenwärtigen Umbrüche in der Arbeitswelt sieht Opitz mit Foucault als Transformation von der Disziplinar- in die Kontrollgesellschaft. Erstere zeichnete sich als Regime der starren „Gussformen“ (Deleuze) aus, das durch straffe Hierarchien, Zuweisungen und Unterordnungen im tayloristischen Betrieb seinen Ausdruck fand. Letztere steht im Kontext einer zweiten Macht, die Foucault Biomacht nennt. Die Biomacht zielt auf die Bevölkerungsentwicklung, biologische Prozesse, Regulierungsmechanismen und den Staat, die jedoch nicht vollkommen das Disziplinregime abgelöst hätten, sondern mit diesem verschränkt seien. Diese Prozesse seien verbunden mit – und dies ist ein weiterer Foucaultscher Terminus – Strategien der Gouvernementalität, die dezentrierte Regierungsfunktionen einnehme. Damit will Opitz auf die neuen „Kontrollformen mit freiheitlichem Aussehen“ hinweisen, die in ihrem Wesen höchst widersprüchlich seien: Einerseits produziere der Niedergang des Disziplinarregimes einen scheinbaren Zustand voller Freiheitsversprechen, was mit dem Verlust sexueller, moralischer und biografischer Normierung deutlich werde. Andererseits appellierten die neuen Kontrollmodi ständig an die Eigenmotivation der Beschäftigten, damit diese nicht den Anschluss verpassten. Die Menschen müssten sich nun selbst führen wie ein Unternehmen, wodurch Marktkriterien Erfolg und Misserfolg definieren. Dieses Macht- und Regierungsverständnis legt er sowohl auf die Unternehmen als auch die Gesellschaft an, in der ein Paradigma neoliberaler Gouvernementalität vorherrsche.

Opitz nimmt eine eigenwillige und teilweise durchaus originelle Betrachtung sowie Analyse der gegenwärtigen Umbrüche in der Arbeitswelt vor, indem er auf einige interessante Aspekte gegenwärtiger Managementstrategien und Subjektkonstitutionen aufmerksam macht. Erstaunlich ist jedoch die Opitzsche Nüchternheit und die zum Teil rein deskriptive Darstellung der Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche, mit ihren neuen Zurichtungen und Zumutungen auf die subjektiven Verarbeitungsweisen. Die im Postfordismus marktgesteuerten Arbeitsbeziehungen zielen auf unmittelbarere und subtilere Herrschaftsformen, die er auch aufgrund seines theoretischen Instrumentariums nur unzureichend zur Kenntnis nimmt, wobei er die Herrschaftskategorie überhaupt nicht in seine Analyse mit einbezieht. Dies ist umso unverständlicher, weil mit dem „Zugriff auf den ganzen Menschen“ die Bedeutung für die postfordistische Arbeitssubjektivität in ihrer Reichweite nicht zu unterschätzen ist. Sie kann in ihrem Charakter als durchaus totalitär bezeichnet werden, da jede subjektive Ressource dem Profit untergeordnet wird. Deshalb kommt es auch nicht von ungefähr, dass Beschäftigte über zunehmenden Druck und arbeitsbedingte Krankheitsbilder (z.B. Burn-Out-Syndrom) klagen. Diese neue Qualität der Arbeitsbedingungen und deren Auswirkungen auf die Individuen unterschätzt der Autor m.E., denn hinter dem Modus der Marktsteuerung verbirgt sich eine diffuse Form eines Herrschaftstypus, der zwar nicht ausschließlich, aber vorwiegend auf autoritativer Macht beruht. Indem er die Herrschaftskategorie außen vor lässt, bleibt ihm freilich der Wesenskern dieses Verhältnisses verborgen: nämlich die zunehmende Entrechtlichung und Unterdrückung der lohnabhängigen Beschäftigten unter dem Diktat des abstrakten Marktregimes. Weiter stellt sich die Frage, welche neuen Zumutungen damit für die Beschäftigten verbunden sind. Aus der Opitzschen Perspektive stellt eine solche Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse eine zu pauschale und undifferenzierte Reduktion dar, da insbesondere das Produktive und Widersprüchliche der Macht nicht berücksichtigt werde. Er setzt dem mögliche Formen der Widerspenstigkeiten gegen das neue Marktregime gegenüber, die mithilfe von

„Desubjektivierungsstrategien“, Normierungen sowie Identifizierungen umgehen sollen. Darüber hinaus lehnt der Autor „jede Form der pauschalen Urteile des Dafür oder Dagegen (ab) und nimmt dafür lokale Prüfungen vor“. Mit dieser Gegenstrategie dürfte jedoch gerade in Zeiten des Klassenkampfes von „oben“, in denen fundamentale Rechte von Beschäftigten beschnitten werden, kaum etwas auszurichten sein.

*Marcus Meier,  
Bad Vilbel*

**Irene Raehlmann, Zeit und Arbeit. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 237 S., 23,90 €.**

Bereits der Soziologe Emile Durkheim und noch nachdrücklicher Norbert Elias haben den für die Sozialwissenschaften heute allgemein akzeptierten sozialen Charakter der Zeit herausgestellt. Zeit wird demnach unterteilt in Zeitpunkte (z.B. nach dem Sonnenaufgang oder zum Beginn der Regenzeit) und Zeitmaße (u.a. Jahr, Monat, Tag und Stunde), um eine bessere Koordination des menschlichen Zusammenlebens zu ermöglichen. Und umso komplexer eine Gesellschaft ist, umso wichtiger sind präzise Zeitabstimmungen.

Wenn man Zeit als soziale Zeit begreift - so wie auch Irene Raehlmann in Kapitel 1.1 -, dann ist der von ihr gewählte Titel „Zeit und Arbeit“ allerdings irritierend und ungenau. Denn es geht der an der Universität Bamberg tätigen Professorin für Arbeitswissenschaft in ihrem Lehrbuch, das aus einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung eines gleichnamigen Studienbriefes an der Fernuniversität Hagen entstanden ist, vor allem um die Frage der Arbeitszeit. Eigenständige und sehr informative Ausführungen zu den beiden im Buchtitel genannten Begriffen finden sich lediglich zu Beginn des Buches. Anschließend führt die Autorin die beiden Kategorien Arbeit und Zeit im Begriff Arbeitszeit zusammen und kommt damit zu ihrem eigentlichen inhaltlichen Schwerpunkt. „Zu klären sind in diesem Abschnitt etwa der Normalarbeitstag, Dimensionen, Typen von Arbeitszeit, der Zusammenhang von Arbeitszeit und Freizeit“.

Anhand der Ergebnisse aktueller Zeitbudgeterhebungen werden sodann typische Unterschiede bei der Zeitverwendung von Männern und

Frauen beschrieben. Hierbei wird deutlich, dass Männer für Erwerbsarbeit mehr Zeit aufwenden als Frauen, während Frauen für die Nichterwerbsarbeit erheblich mehr Zeit verwenden. Als besonders belastend, so Irene Raehlmann, empfinden erwerbstätige Frauen den Mangel an Zeit. Anders als die Männer können sie nur wenig Zeit für sich selbst aufbringen, da die Zeit der Frau zum großen Teil Zeit für andere ist.

Im zweiten Kapitel wird ein ausführlicher Überblick über drei Stufen der Arbeitszeitentwicklung gegeben. Die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 14 bis 16 Stunden täglich ist kennzeichnend für die frühindustrielle Phase. Ab 1850 ist dann der Beginn von kontinuierlichen Arbeitszeitverkürzungen festzustellen, deren Etappen vor dem Hintergrund der jeweiligen wirtschaftlichen Situation von der Verfasserin anschaulich skizziert werden. Verbunden waren die Arbeitszeitverkürzungen stets mit einer zunehmenden Intensivierung der Arbeit.

Mit dem Tarifvertrag von 1984 in der Metallindustrie beginnt für Irene Raehlmann die dritte Stufe der Arbeitszeitveränderungen: die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Als Beispiele flexibler Arbeitszeitgestaltungen werden im dritten Kapitel das VW-Modell „Das atmende Unternehmen“ mit seiner in Teilbereichen noch heute geltenden 28,8 Stundenwoche sowie die Teleheimarbeit beschrieben. Die in letzter Zeit von Unternehmensseite vermehrt vorgebrachten Forderungen nach einer stärkeren Flexibilisierung der Arbeitszeiten bestätigen ganz offensichtlich die Einschätzung der Arbeitswissenschaftlerin, dass flexible Arbeitszeiten im Allgemeinen keinen Beitrag zu mehr Zeitsouveränität und Zeitautonomie für die Beschäftigten bedeuten. Vielmehr diene die höhere Arbeitszeitflexibilität insbesondere der Verlängerung der wöchentlichen Betriebszeiten (Drei-Schicht-Betrieb, Wochenendarbeit) und einer flexibleren Anpassung an betriebliche Belange (z.B. konjunkturell und saisonal bedingte Nachfrageschwankungen). Als ein weiterer Aspekt werden in diesem Kapitel noch Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für beide Geschlechter erörtert.

Im vierten Kapitel werden verschiedene Zukunftsmodelle vorgestellt, in denen es um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft geht, wobei auch die Nichterwerbsarbeit, sei es in Form von Bürgerarbeit oder Familienarbeit, thematisiert wird.

Neben dem bereits 1998 vorgelegten Bericht an den Club of Rome „Wie wir arbeiten werden“ wird auch der Beitrag „Arbeitszeiten zwischen Misere und Utopie“ (2000) von André Gorz vorgestellt. Der heute in Frankreich lebende Sozialwissenschaftler und Philosoph, dessen gesellschaftskritische Ansichten von der marxistischen Theorie beeinflusst sind, vertritt die These, dass die Wiederherstellung der erwerbstätigen Vollbeschäftigung eine Illusion ist. Gorz hat das Bild einer „Multiaktivitätsgesellschaft“ entwickelt, die sich von den Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft entfernt und Freiräume für eine Fülle von selbst organisierten Netzwerken der Selbsthilfe und Selbsttätigkeit eröffnet.

Breiten Raum nimmt die Darstellung und Kommentierung der Ergebnisse verschiedener Zukunftskommissionen in Deutschland ein. Zunächst geht Irene Raehlmann auf die Kommission der Freistaaten Bayern und Sachsen ein, die ihre Ergebnisse 1998 in einer Kurzfassung unter dem Titel „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit“ veröffentlicht hat. Die Kommission, der u.a. die Professoren Meinhard Miegel und Ulrich Beck angehörten, sieht - so die Autorin - in der Ausdehnung von Bürgerarbeit einen Weg, den Bedeutungsverlust von Erwerbsarbeit und die Krise des Sozialstaates zu mildern. Für Irene Raehlmann stellt sich jedoch die Frage, ob die „Bürgerarbeit das Defizit an Erwerbsarbeitsplätzen quantitativ und qualitativ kompensieren kann“. Ferner kritisiert sie das „rückwärts gewandte Frauenbild“ (ebenda) im Kommissionsbericht. Die in der Politik und in den Medien vorgetragene heftige Kritik an dem Bericht wird aufgenommen in der Streitschrift „Die Sackgassen der Zukunftskommission“ aus der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen. Zusätzlich wird schließlich noch der Zukunftsbericht „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Wege - ein Ziel“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt.

Die aktuellen Zielsetzungen der Agenda 2010 sowie die aktuellen im Bundestag behandelten Vorschläge zur Arbeitsmarktreform, in denen auch Überlegungen und Konzepte der zuvor vorgestellten Zukunftsmodelle und Kommissionsberichte aufgegriffen worden sind, werden knapp im fünften und letzten Kapitel vorgestellt. Hierbei werden auch die Probleme der Umsetzung wissenschaftlicher

Entwürfe in konkrete politische Maßnahmen ausdrücklich erörtert.

Die Arbeitswissenschaftlerin Raehlmann gibt in der hier vorgestellten Veröffentlichung einen sehr systematischen und informativen Überblick über zentrale aktuelle Fragen der Arbeitsmarkt- und speziell der Arbeitszeitpolitik. Sieht man von dem einleitend angesprochenen Missverständnis aufgrund des Buchtitels ab und orientiert sich stattdessen an den knappen inhaltlichen Angaben auf der Rückseite des Buches, können die inhaltlichen Erwartungen der Leserinnen und Leser voll erfüllt werden. Auch die zuweilen etwas nüchterne und formal-sachliche Darstellungsweise sollte alle an den hier angesprochenen Themen Interessierte nicht von einer insgesamt lohnenden Lektüre abhalten. Die zahlreichen Literaturhinweise ermöglichen zudem eine gezielte Vertiefung zu ausgewählten Einzelaspekten.

Ludwig Heuwinkel,  
Bielefeld

**Max Weber, Briefe 1913-1914, in: Max Weber Gesamtausgabe (MWG), Band 8 (Abtlg. II: Briefe), hrsg. von M. R. Lepsius/W. J. Mommsen, in Zusammenarbeit mit Birgit Rudhard/Manfred Schön, Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2003, 891 S., 279 €.**

*„Ich bin oft ein sehr schroffer Mensch“  
Weber über Weber am 22. 4. 1913*

„Das Tobelchen schickt Züricher Kuchen. Sehr schön, aber steinhart, sodass nach jedem Stück der Kinnbacken lahmt. Ich habe für diese Bändigung meiner Gefräßigkeit gedankt“. Max Weber erholt sich im April 1913 in Ascona und berichtet seiner Frau Marianne („Liebes Schnauzel“) fast täglich über das Wetter, seine Lektüre, die eigene Befindlichkeit oder aber über persönliche Kontakte. Mina Tobler, gestorben 1967, so lässt sich der ebenso reichhaltigen wie anregenden Kommentierung des Buches entnehmen, eine Schweizer Pianistin, gehörte seit längerem zum engsten Freundeskreis der Familie Weber in Heidelberg.

Ein Großteil der in diesem Band veröffentlichten Zuschriften, immerhin all jene, die aus dieser Zeit erhalten geblieben oder auffindbar sind, zeugt von jener „Ballade des äußeren Lebens“, in der Biografien laut Hugo von Hofmannsthal aus All-

tagsdingen gesponnen werden. Aber die Korrespondenz zeichnet auch nach, wie Geistesgeschichte aus Geschäftigkeit entsteht. Zwar sind die Gelegenheitsbemerkungen bedeutender Zeitgenossen nicht ihrerseits auch unbedingt bedeutend. Aber immerhin, nicht zuletzt anhand der hier versammelten Äußerungen lässt sich verfolgen, auf welche Weise sich die wissenschaftliche Position von Weber, Jahrgang 1864, in der Auseinandersetzung um politische, akademische oder auch publizistische Probleme verändert und klärt: Bis der Autor trotz aller Klagen über Belastungen und Ablenkungen hoffnungsfroh betont, dass der von ihm in dieser Zeit erstellte „große Artikel „Wirtschaft, Gesellschaft, Recht und Staat“ das systematisch Beste wird, was ich bisher geschrieben habe“. Das trifft noch aus heutiger Sicht zu, da Weber, gestorben 1920, sein Werk nicht vollenden konnte. Es gleicht einem sachlich überaus ergiebigen, von reichem Gedankenerz durchzogenen Trümmerhaufen. Eigentlich ein wirkungsgeschichtliches Drama! Es hat schließlich auch einige Zeit gedauert, bis die Rezeption einsetzte. Womöglich war es aber gerade die wenig systematische Werkform, die sein Denken präsent hielt, weil sie notgedrungen Interpretationen provoziert. Immerhin gilt Weber nach wie vor nicht nur als der Erzvater der deutschen, sondern bezogen auf sein weiterwirkendes Anregungspotenzial laut Raymond Boudon sogar als Bezugspunkt der internationalen Soziologie.

Zugleich aber geht es immer noch um die Sammlung seines Nachlasses. Und das ist ein mühsames Gewerbe. Fünf Jahre brauchte es, um der verdienstvollen Gesamtausgabe seiner Schriften ein neues Briefwerk hinzuzufügen und damit seit 1990 den vierten von zehn geplanten Epistelbänden.

Die langen Abstände der Veröffentlichungen verweisen auf Schwierigkeiten bei der Sicherung, Entzifferung und - wieder einmal mustergültigen - Erläuterung der vorliegenden 383 Korrespondenzen. Sie beginnen am Donnerstag, dem 2. Januar 1913 mit einem Brief an den Verleger Siebeck und enden am 18. Dezember 1914. An jenem Freitag versucht Weber seinen Schüler Robert Michels in Basel zu beruhigen. „Natürlich wird der Grundriss fertig gemacht“, schrieb er, „nebst Ihrem Beitrag“. Aber wohl erst nach dem Krieg. Momentan gebe es ganz andere Aufgaben. Viele Mitarbeiter seien zudem im Feld und „wer weiß, ob sie wiederkehren“.

Weber engagierte sich nach Kriegsbeginn im Sommer 1914 in der Lazarettverwaltung vor Ort in Heidelberg. „Marschieren kann ich ja leider nicht“, klagt er, „und bin daher auch an der Front nicht zu brauchen“. Für jenes Werk, für den monumental angelegten „Grundriss der Nationalökonomik“ also, das ihn seit 1910 beschäftigte, blieb seit Kriegsbeginn kaum mehr die Zeit. Trifft die Beschreibung „beschäftigte“ wirklich zu? Als hauptverantwortlicher „Schriftleiter“ empfand Weber die Herausgabe seit längerem als „gottverfluchte Tretmühle“, gar als „schwersten Fehler meines Lebens“. Denn bald stellte sich heraus, dass die „Bummelei von Kollegen“, zudem die zuweilen enttäuschende Qualität der Beiträge auch bekannter Akademiker, nicht nur zu Verzögerungen führte. Weber war auch immer wieder genötigt, neue Mitarbeiter aufzutreiben. Doch Autoren wie der von ihm umworbene Johann Plenge (20 Briefe) lieferten ihre Texte trotz Zusagen mit fadenscheinigen Gründen später dann doch nicht. „Überall Banausentum!“, resümierte Weber den Verfall akademischer Gepflogenheiten.

Aber mehr noch, wie die 99 Briefe an seinen Verleger zeigen, selbst der Grundriss-Aufbau war im Laufe der Zeit wieder und wieder umzumodeln. Das bewirkte übrigens, dass Weber sich entschloss, mehr Teilthemen selbst zu übernehmen als ursprünglich beabsichtigt. Er hat sich damit übernommen, wie wir wissen. Zum einen, weil er gleichsam in vivo eigene Konzeptionen, auch die einer „Soziologie, wie ich sie verstehe“ entwarf und wieder modifizierte. Aber wohl auch deswegen, wie der Briefband zugleich verdeutlicht, weil Weber sich an allzu vielen Schauplätzen und Fronten aufrieb. Und das, obschon doch gerade er resigniert festgehalten hat, man „kann heute nicht „Mädchen für alles“ sein wollen“.

„Ich habe die verdammte Arbeiterei so satt“, klagt Weber am 5. September 1913 an Rickert. Gleichzeitig aber scheint er diese „Hundearbeit“ zu brauchen. Ansonsten lässt sich sein Engagement kaum erklären, etwa in Berufungsvorgängen, bei Rechtshändeln, Ehrenstreitigkeiten, Kundgebungen, Familienkonflikten, im Streit um Wertfragen oder aber bei den Eheproblemen anderer. Um nur davon zu sprechen! All das nahm Zeit, viel Zeit in Anspruch. Man fragt sich hier und da, ob all das die Mühe lohnte. Vor allem, weil Weber unablässig, nicht nur gegenüber seiner Frau (59 Briefe), von Müdigkeit, Überlasten und Arbeitszumutungen durch an-

dere klagt. Schlafen kann er ohnehin nur mit schweren Medikamenten. Immer wieder muss er sich in Ascona „entgiften“.

Lohnte sich seine Mühe? Und die Erregung? Häufig ist Weber in Harnisch, oft empört, immer engagiert, nicht zuletzt für weibliche Bekannte, man denke an die heimlich angehimmelte Frieda Groß (32 Briefe). Und er fühlt sich leicht in seiner Ehre verletzt. So von Bernhard Harms in Kiel, es ging um einen schiefen Ausdruck seines Kollegen. Resultat war eine Forderung als „Kavalier“ auf Säbel. Der Jüngere erwies sich aber als „unritterlicher Schuft“, dem Weber dann doch „die Waffenehre“ verweigert. Harms stand ihm aus Zeitgründen nicht umgehend mit dem Säbel zum „ritterlichen Waffengang“ zur Verfügung. Das klingt sehr nach Fontane. Selbst große Köpfe wie Max Weber teilten die Engstirnigkeiten ihrer Epoche. Entsprechend dauerte es auch eine ganze Weile, ehe er etwa die Kriegsführung des Reiches kritisierte, am Ende gar für selbstdestruktiv hielt.

Vergeblich oder ephemere, das alles zu lesen ist dennoch höchst aufschlussreich. Fehlschlüsse auf hohem Niveau erlauben auch besondere Einblicke in den damaligen Zeitgeist. Daneben laufen wissenschaftliche Kontroversen, etwa Webers

Ringen um eine angemessene Kapitalismus-Definition, über die er mit Werner Sombart oder Georg von Below streitet. Wir spüren seinen Zorn über die eher ideologisch geprägte als auf Qualität bedachte Berufungspolitik im Wilhelminismus, unter der Robert Michels, Georg Simmel oder Franz Eulenburg zu leiden hatten.

Nicht zuletzt derartige Kontroversen untermalen seine entschiedene Haltung in der Werturteilsfrage. Sie lässt ihn, den Mitgründer, bald wieder aus der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ (1909) ausscheiden, weil man sich dort nicht an die empfohlene Werturteilsenthaltlichkeit hält. „Die Confusion ist gewaltig“, lautet sein Urteil. Gerade deswegen mag man über Werte streiten. Zu entscheiden aber sind sie nicht. Was bleibt mithin zu tun? „Ich halte den unausgleichbaren Konflikt, also die Notwendigkeit steter Kompromisse“, lautet die Modus-vivendi-Formel Webers vom 2. April 1914, „für das die Werthosphäre Beherrschende“. Das trifft noch heute den Kern des Problems.

*Sven Papcke,  
Münster*